

Hallo Deutsche,
Leser und Nichtleser

In einer unglaublichen Arroganz legt Herr Christian Neef einen Schmähhkommentar gegen den Präsidenten der Russischen Föderation, Herrn Medwedew, der in Spiegel-Online veröffentlicht wurde, vor. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,763598,00.html>

Mit grober, vorsätzlicher Bösartigkeit wird in diesem Artikel der Präsident des flächenmäßig größten Staates der Welt verunglimpft. Einen Staat, dessen Volk eine Verfassung hat, der die Rechtsstaatlichkeit anerkennt und sich dem Weltfrieden verpflichtet fühlt.

Herr Medwedew wird Schmähungen unterworfen, die keinerlei Grundlage besitzen. Die Bemühungen um den Naturschutz, um die Sicherheit und den Wohnraum der Menschen werden als Nichtigkeiten abgetan. In Deutschland haben Obdachlosen, die ohne Wohnraum sind, also ohne feste Wohnanschrift, keine Möglichkeit einen Arbeitsplatz zu bekommen. Ihnen ist dadurch der Weg in das soziale Netzwerk verwehrt.

In New York gibt 115 000 Obdachlose, also auf 70 Einwohner einer, der auf der Straße dahin vegetiert und ebenso wie in Deutschland keine Chance auf ein soziales Netz hat. Und von den hunderttausenden Menschen, die in Elendsquartieren hausen, ganz zu schweigen.

Und in der Ansprache des Präsidenten war nicht von Obdachlosen die Rede, sondern von Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges und Schaffung von **eigenen** Wohnraum. Mit böswilligem Mutwillen verschweigt Herr Neef, den in der Ansprache gebrachten START Vertrag, der nach Aushandlung zwischen der Russischen Föderation und der USA, von den USA modifiziert wurde. So also für Rußland nicht annehmbar war und ebenfalls nachgebessert werden mußte. <http://german.ruvr.ru/2011/05/19/50520316.html>, <http://www.russland.ru/mainmore.php?tpl=Politik&iditem=22998> Video zur Rede Medwedew)

Die Kontrolle für die Einhaltung dieses Vertrags wird für Rußland unmöglich gemacht. Der Präsident sprach u. a. auch die Zusammenarbeit mit Europa und insbesondere die mit der Ukraine an. Ebenfalls versuchte er zu klären, ob es die Wahrheit wäre, daß Osama Bin Laden bereits mehrere Jahre nicht mehr unter den Lebenden weilt und somit kürzlich, wie es Herr Obama verkündete, ausgeschaltet wurde.

<http://german.ruvr.ru/2011/05/19/50536777.html>

http://www.aktuell.ru/russland/politik/russisches_staats-tv_cia_hat_bin_laden_nicht_getoetet_4161.html

<http://www.russland.ru/mainmore.php?tpl=Politik&iditem=22999>

Außerdem wurde vollkommen unterdrückt, was im Ort Skolkowo in Zukunft geschehen soll und warum diese Veranstaltung gerade dort stattfand.

Es wird ein riesiger Standort für die innovative Wirtschaft und Wissenschaft, wo nicht bereits nur große russische Firmen, sondern auch namhafte internationale Firmen ihre Teilnahme am Aufbau geregelt haben.

Warum aber muß all dieses von Herrn Neef verschwiegen werden. Ist es weil Deutschland nicht die BRD ist und die BRD ein diktatorisches Regime unter Frau Merkel in Deutschland führt.

Ist es weil dieses Regime ohne Verfassung agiert?

Ist es weil in Deutschland seit 1949 die Regierungen von oben herab bis in die kleinste Gemeinde grundgesetzwidrig (Art. 28 und 38 GG) gewählt werden?

Mußte deswegen Frau Merkel auch eine Hetzkampagne gegen das griechische Volk lostreten?

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,763366,00.html>

Ist es deswegen, weil Frau Merkel inzwischen selbst die Volksverhetzung in Deutschland tätigen muß, weil die kommissarischen Reichsregierungen, die Scheinheiligen Hitlerverehrer und die angestifteten Holocaustleugner inzwischen verbrannt sind und vom deutschen Volk immer mehr ignoriert und bekämpft werden?

Und was ist mit Herrn Sarrazin, der 120000 € Ruhestands-Salär im Jahr bezieht (mehr als der Russische Präsident für seine Aufgaben erhält) und nicht aus der SPD verbannt wurde

Gerade Frau Merkel, die noch 2009 auf dem CSU-Wahlparteitag in Nürnberg geäußert hat: **„Wir müssen bei den G20 auftreten und sagen: Wir lassen das nicht zu, dass die Wall Street und die City of London wieder diktieren, wie man Geld verdient und die anderen zum Schluss die Zeche zahlen.“** <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,636800,00.html>

Aber es bis jetzt unterließ eine Finanzmarktsteuer zu erheben, geschweige denn Finanzmarktspekulationen überhaupt ganz zu verbieten.

Spekulationen, die das griechische Volk mit 300 Mrd. € belasten.

300 Mrd., also ist Griechenland noch nicht einmal so hoch verschuldet wie die BRD. Was will Frau Merkel mit ihren Worten letztendlich dem deutschen Volk sagen?

Daß sie es geschafft hat, Herrn Kohl das Zepter aus der Hand zu nehmen, wie es Herr Neef so schön meint, um Deutschland weiter voran zu bringen in die Schuldenfalle?

2 Billionen Staatsverschuldung bei ca. 80 Millionen Einwohnern.

Im Vergleich zu einem anderen Staat, der 311 Millionen Einwohner hat und 10,5 Billionen € Schulden, sieht es doch gar nicht so schlecht aus.

Also kein Grund Spekulationen entgegenzutreten, da ja noch ein riesiges Limit vorhanden ist und das Volk weiter verschuldet werden kann.

Deswegen wurde auch folgerichtig der Arbeitsmarkt in Deutschland innereuropäisch geöffnet und ohne Festsetzung eines Mindestlohnes dem deutschen Volk nicht die Chance gelassen, es zu schaffen mit seiner Arbeit für seinen eigenen Unterhalt zu sorgen. Es gibt in Deutschland derzeit über 1,4 Millionen Arbeitnehmer, die es derart betrifft, daß sie auf Sozialhilfe angewiesen sind.

<http://www.initiative-mindestlohn.de/meldungen/aufstocker/zahl-der-aufstocker-auf-14-millionen-gestiegen/>

Und das alles unter der Junckerschen Demokratiemaxime: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Premierminister von Luxemburg Jean-Claude Juncker erklärt seinen EU-Kollegen die Demokratie (SPIEGEL 52/1999)

für den Maximalprofit.

Das Zitat der Frau Merkel über die Wall Street und die City of London ist in den deutschen Medien fast nicht zu finden, zu finden sind aber zwei andere Zitate, deren Ankündigungen sie im vollen Maße durchgesetzt hat: **„Denn wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit.“**

„Man kann sich nicht darauf verlassen, daß das was vor den Wahlen gesagt wird, auch nach den Wahlen gilt und wir müssen damit rechnen, daß das sich in verschiedenen Weisen wiederholen wird.“

Die Äußerung des Herrn Köhler über die Aufgaben der Bundeswehr zur Rohstoffsicherung, der ihm das Präsidentenamt gekostet hat, (so wurde es dem deutschen Volk erklärt) und über den auch der ehemaligen „Verteidigungsminister“ gestolpert ist, wird inzwischen vom neuen „Verteidigungsminister“ Herrn de Maiziere der Bundeswehr, die inzwischen eine Berufsarmee ist (Söldnertruppe ohne verfassungsrechtlichen Auftrag) dieser wieder in den Tagesbefehl geschrieben.

Die „Sicherung freier Handelswege und den Zugang zu Rohstoffen.“

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/3328/bundeswehrreform_mit_waffengewalt_fuer_den_wohltand/

wird von Herr de Maiziere im besonderem Maße als neue Aufgabe der Bundeswehr betont, es wird somit wieder auf Kanonenbootpolitik gesetzt, so wie sie von Frankreich in diesem Jahr an der Elfenbeinküste eingesetzt wurde um den ehemaligen Machthaber letztendlich aus dem Amt zu vertreiben, und mit dieser auch die UN-Resolution 1973 in Libyen gewaltig überzogen wird.

http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1430543/

Und über all diesem Tun legen die Pharisäer und Schriftgelehrten einen Schleier von angeblichem Recht.

Die Rechtsprofessoren Herr von Arnim und Herr Schachtschneider, sowie auch Dr. Gauweiler schreiben Wahrheiten in die Bücher und gehen dann vor ein Ausnahmegesicht, Bundesverfassungsgericht, und klagen vor diesem gegen die Mißstände. Im vollen Bewußtsein, daß seit dem 18.07.1990 eben dieses Bundesverfassungsgericht genau so wie die BRD ohne jegliche juristische Grundlage mehr war und ist. Das wird ersichtlich aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (1 BvB 2/51) vom 17. August 1956, in dem steht: **Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts würde vielmehr nur für den vom Grundgesetz zeitlich und sachlich**

beherrschten Raum wirken.

Und eben dieser beherrschter Raum des GG ist seit dem 17.07.1990 nicht mehr vorhanden aufgrund der Aufhebung des Art. 23 des GG für die BRD (Art. 23 Geltungsbereich).

Dieses wissen die drei Schriftgelehrten und handeln ihrem Wissen entgegengesetzt, um so zu helfen die rechtswidrigen Zustände zu verschleiern und aufrecht zu erhalten.

Herr Dr. Gauweiler hätte hier insbesondere spätestens seit 1978 das Wissen haben müssen, daß in der Bundesrepublik abgehaltene Wahlen dem GG Art. 28 und Art. 38 widersprechen.

„1978 erfolgte seine Promotion zum Dr. jur. an der Freien Universität Berlin mit der Arbeit *Konfliktsituationen des Gemeinderatsmitgliedes – eine Betrachtung über Funktions- und Rollenkonflikte des Organwalters der Volksvertretung der besonderen Gebietskörperschaft Gemeinde.*“ (http://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Gauweiler)

Spätestens hier hätte dieser Dr. erkennen müssen, daß gerade in den Gemeinden ein besonderer Konflikt zum GG Art. 28 vorlag.

Mit Hilfe der Parteien- und Wahlgesetze der BRD werden alle ungewollten Oppositionsgruppen aus den Wahlen herausgehalten und selbst schon im Entstehen von größeren Gruppierungen wird durch die Exekutive entgegengewirkt.

Die Beweisführungen zu diesem ungesetzlichen Handeln des BRD-Regimes sind in zwei Strafanträgen [2007/2010](#) an die fünf Vetomächte des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gesendet worden.

Nach der Zusendung des Strafantrags aus dem Jahr 2010 an die Kanzlerin Merkel zur Kenntnisnahme erfolgte folgende Antwort: „Sehr geehrter Herr Opelt,

vielen Dank für Ihre Anzeige am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.
“

Schon aus diesem ersten Satz erkennt man den unbedingten Willen sich nicht im geringsten mit der Sache grundlegend auseinanderzusetzen.

Und mit einer zweiten Antwort, die es aufgrund eines Offenen Briefs an Frau Merkel zu ihrer Neujahrsansprache gab, wird ersichtlich, daß alle ihre Sorgen sich nicht im geringsten um das Wohlergehen des Deutschen Volkes drehen.

Von: Die Bundeskanzlerin [bundeskanzlerin@online.de]
Gesendet: Dienstag, 1. März 2011 17:53
An: Opelt
Betreff: Re: Rücktritt Guttenberg

Hallo Herr Opel,

könnten Sie bitte die Email-Adresse "bundeskanzlerin@online.de" aus Ihrem Verteiler nehmen?

Ich finde Ihre unnötigen und nicht nachvollziehbaren Pamphlete überflüssig und weit abseits jeglicher Vernunft.

Unterlassen Sie es und mich in Ruhe - ich habe andere Sorgen ...

Es grüßt

(Pamphlet im Anhang)

Meine Antwort auf Ihre Grußadresse und die anderen Schreiben für die sie sich vorerst bedankte, sind also Pamphlete. Was aber ist dann der Kommentar von Christian Neef und ihre Aussage gegenüber dem griechischen Volk? Selbstverständlich wurde von mir die E-Post- Adresse wie gewünscht aus dem Verteiler genommen.

Fraglich ist aber, ob dieses auch bedeuten sollte, daß sich das Deutsche Volk widerspruchslos diese Tätigkeiten des BRD-Personals weiter bieten lassen soll, die gegen jegliches Völkerrecht verstoßen.

Olaf Thomas Opelt

Staatsrechtlicher Bürger der DDR

Reichs- und Staatsangehöriger

Mitglied im Bund Volk für Deutschland